

# Pulsnitzer Tageblatt

Postfach 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2188. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. - Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freiübend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf., amtlich 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. - Bei zwangswiseiger Eingehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konfuzfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Rechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Bretitz, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Tchemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Sichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. G. Förstler & Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 115

Freitag, den 18 Mai 1928

80. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Die Amtshauptmannschaft mit ihrem Bezirksausschusse hat die von den Gemeindevorordnerten von Friedersdorf und Lichtenthan beschlossene Einlegung des öffentlichen Verbindungsweges zwischen der Pulsnitz-Königsbrücker Straße und den Oberlichtenau-Weißbacher Kommunikationsweg in den Fluren Friedersdorf und Oberlichtenau genehmigt.

Der Weg bleibt als Wirtschaftsweg und Fußweg weiter bestehen.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 10. Mai 1928.

## Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg.

## Das Wichtigste

Im Befinden des Reichsaussenministers ist eine leichte Besserung eingetreten.  
Der Himmelfahrtstag in Berlin verlief bis zur neunten Abendstunde in Ruhe. Die Polizei nahm im Laufe des Tages einige wenige Zwangsstillungen vor, brauchte im übrigen aber trotz lebhafter verschiebener Parteien nirgends einzugreifen.  
Der amerikanische Millionär und Zellungsbesitzer von Bear Black, der sich in seiner dreimotorigen Fokker-Maschine auf einem Flug von London nach Kopenhagen befindet, ist gestern nach Meldungen aus Kairo in Sollum gelandet.  
Der New Yorker Diskontsatz ist auf 4 1/2 % erhöht worden.  
Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Florenz: Ein kürzlich aus Frankreich zurückgekehrter junger Mann schoß einen Faschisten nieder, der als gewalttätig bekannt war. Auf der Flucht erschoss er noch einen seiner Verfolger. Es gelang ihm zu entkommen.  
Wie aus Moskau gemeldet wird, erfolgte auf der Station Rubanskaja im Bezirk Armativ ein Mord, wobei 21 Deltankwagen zerstört wurden. Mehrere Eisenbahnbeamte wurden getötet.  
Wie aus Moskau gemeldet wird, haben im Dorf Romoje im Gouvernement Twer „Kulaks“ (Verrechnung für reiche Bauern) das Haus des dortigen Doktorsrespondenten Schiganow, der in den Blättern gegen die Kulaks gerichtete Artikel veröffentlichte, in Brand gefleckt. Schiganow hat lebensgefährliche Brandwunden erlitten.  
Nach einer Moskauer Meldung haben in letzter Zeit im Gouvernement Nowgorod acht große Brände gewüthet, durch die zweihundert Bauernwirtschaften vernichtet wurden. Der Sachschaden ist außerordentlich groß.  
Im Persischen Golf ertranken 68 Pilger.

## Wahlkampf und Wahlziele.

Einunddreißig Parteien werden diesmal in den Wahlkampf eingreifen, der am 20. Mai darüber entscheiden soll, ob wir in den nächsten vier Jahren eine Rechts- oder eine Linksregierung in Deutschland haben werden. Der sozialdemokratische Wahlausruf spricht die Tatsache offen aus, daß der Streit nur zwischen ihnen und den Deutschnationalen ausgefochten werden wird. Man soll nicht denken, daß sich auch künftig Regierungen der Mitte ohne feste parlamentarische Mehrheit lange in Deutschland werden behaupten können. „Schicksalsmonat ist der Mai“, sagt die Sozialdemokratie!

Worum kämpfen nun rechts und links? Wie ist das Bild, das sich uns vor den Wahlen bietet? Da war kürzlich eine kleine Wahlversammlung in einem Berliner westlichen Vorort, die ein ganz gutes Bild dafür bot, daß jedenfalls viele Wähler überhaupt nicht darüber unterrichtet waren, wofür gestritten wird. Es war Mittelstand anwesend, Händler, wie wir sie auch auf dem Lande und in den kleinen Städten kennen. Alle klagten über schlechte Zeiten. Sie verstanden nicht, daß auch die anderen, daß die Beamten und Landwirte, die Rentner und Angestellten unter derselben großen Not leiden wie sie selbst. Deshalb muß man die künftige Wirtschaftspolitik Deutschlands in den Vordergrund des Interesses stellen, deshalb soll jeder Deutsche vor der Wahl die Frage an sich richten, ob wir im Außenhandel die bisherige Zollpolitik fortsetzen oder ob wir künftig mehr als bisher den Binnenmarkt stützen und festigen sollen. Die Deutschnationalen bekämpfen die bisherige Zoll- und Handelspolitik. Sie verweisen auf den Einfuhrüberschuß von 4 Milliarden Mark, auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln in Höhe von drei Milliarden, die im Lande selbst erzeugt werden könnten, sie betonen, daß der kaufkräftige Binnenmarkt die Grundlage des Gedeihens von Handwerk, Industrie und Handel, für den Mittelstand, für die Fürsorge für die Opfer von Krieg und Inflation sei. Demokraten und Sozialdemokraten meinen, daß Deutschland schon im Hinblick auf seine durch Krieg und Friedensvertrag geschwächte Wirtschaft heute mehr als früher gezwungen sei, zu exportieren. In Wirklichkeit ist die Frage im Augenblick die: Ist eine gesunde Landwirtschaft in der Lage, die deutsche Industrie für den Exportausfall durch Mehraufnahme im Inland zu entschädigen? Werden bei einer anderen Zollbehandlung Wirtschaft und Arbeiterkraft nicht geschädigt? Die Deutschnationalen behaupten, die Wirtschaft würde aufblühen, die Linksparteien bestreiten es, der Wähler aber soll entscheiden.

## Reichsjustizminister a. D. Dr. Heinze †

Wird der 11. August Nationalfeiertag? — Das Reichskabinett gegen Reichsbahntarifierhöhung — Frankreich und der deutsche Kommunismus — Fong gegen Tschiangtschich

Dresden. Nach dreitägiger Krankheit verstarb Reichsjustizminister a. D. Dr. Rudolf Heinze.

Der Verstorbene hat eine lange parlamentarische Tätigkeit hinter sich. 1919 wurde er als volksparteilicher Abgeordneter in die Nationalversammlung gewählt, und seit 1920 war er Mitglied der volksparteilichen Fraktion des Reichstages. Heinze war im letzten Reichstag volksparteilicher Abgeordneter des Wahlkreises 28 (Dresden-Bauken), in dem er auch für den neuen Reichstag als volksparteilicher Kandidat an erster Stelle aufgestellt war.

Dr. Heinze hat während seiner ganzen reichsbewegten politischen Tätigkeit seine Dienste und seine Arbeitskraft in so umsichtiger und charaktervoller Weise in den Dienst der Allgemeinheit gestellt, daß sein plötzliches Ableben weit über den Kreis seiner engeren Parteifreunde hinaus im ganzen Reiche und auch im Auslande lebhafteste Teilnahme weckt. Trotz seines seit Jahr und Tag erschütterten Gesundheitszustandes befehlt Dr. Heinze bis zuletzt neben seinem Reichstagsmandat das Parteiführeramt des Wahlkreisvorsitzenden der Deutschen Volkspartei Ostschlesien bei, als welcher er durch lange Jahre die regste organisatorische Tätigkeit entwickelte. An den Arbeiten des Reichstages selbst hatte Dr. Heinze bis zuletzt regen Anteil, so vertrat er seine Fraktion noch in den letzten Monaten im Bildungsausschuß des Reichstages, wo er sich mit Entschiedenheit für die Aufräumung der aus dem Reichstagsauflösung entstandenen Schwierigkeiten und für die Neuschaffung der evangelischen Schule in Sachsen einsetzte. Dr. Heinze hat ein Lebensalter von fast 63 Jahren erreicht. Er ist in den Siedeln der Politik gestorben. Trauernd steht an seiner Bahre nicht nur die volksparteiliche Organisation seines Heimatwahlkreises und des von ihm erst vor kurzem mitgeschaffenen Sächsischen Landesverbandes, sondern die ganze Deutsche Volkspartei im Reiche und darüber hinaus weite politische und juristische Kreise Deutschlands, die in ihm den unabhängigen und aufrechten Politiker und den Vorkämpfer für Recht gegen Un- und Unrecht verehrten. Ebenso hatte Dr. Heinze im Deutschen Reichstage zahlreiche persönliche und politische Freunde weit über den Kreis seiner Partei hinaus. Sein Hinscheiden bedeutet nicht nur für sein sächsisches Heimatland, sondern für die ganze deutsche Politik und nicht zuletzt für das deutsche Richteramt einen schweren und herben Verlust. Dr. Heinzes Nachfolger in der Spitzenabteilung der Deutschen Volkspartei Ostschlesien ist der bisherige Reichstagsabgeordnete Direktor Dr. Rudolph Schneider, der seit 1924 in enger Gemeinschaft mit Dr. Heinze die Deutsche Volkspartei des Reichstagswahlkreises Ostschlesien im Reichstage vertritt. Auf den zweiten Platz der ostschlesischen Kandidatenliste rückt die langjährige frühere sächsische Landtagsabgeordnete Frau Dr. Herwig Blücher.

## Das Reichskabinett gegen Reichsbahntarifierhöhung.

Der Umstand, daß das Reichskabinett am Mittwoch noch nicht zu einem endgültigen Beschluß über den Antrag der Reichsbahngesellschaft gelangt ist, dürfte im wesentlichen darauf zurückzuführen sein, daß die Kabinettsitzung verhältnismäßig schwach besucht war, da mehrere Reichsminister sich auf Wahlreisen befinden. Die in Aussicht genommenen Resorbidispositionen über die Pläne der Reichsbahn werden jedoch sehr beschleunigt werden müssen, weil die angekündigte Antwort der Regierung nach dem Reichsbahngesetz vor dem 20. Mai erfolgen muß.

Man hält es für wahrscheinlich, daß der Vorschlag, trotz der von der Reichsbahn geäußerten Bedenken, den Kreditweg zu beschreiten, in erster Linie als Ausweg gegenüber einer Tarifierhöhung in Betracht gezogen werden wird.

## Frankreich und der deutsche Kommunismus.

Paris. Der „Matin“ veröffentlicht eine Serie Berliner Artikel seines Außenpolitikers Sauerwein, die sich in erster Linie mit der ungeheuren Ausbreitung der bolschewistischen Propaganda in Deutschland beschäftigen. Die Schwäche des deutschen Bürgertums ist dem Franzosen vollkommen unfaßbar. Ueberrastet zeigt sich Sauerwein über das Urteil des Reichsgerichts, das die Verfügung des Reichsinnenministers, die Auflösung des Roten Frontkämpferbundes betreffend, für unbegründet erklärt. Gerade diese Militarisierung der bolschewistischen Kräfte sei eine wahrhaft beunruhigende Entwicklung für die Zukunft des Reiches.

## Fong gegen Tschiangtschich?

Peking, 17. General Fong erklärte in einer Unterredung, daß ein Rücktritt Tschiangtschichs von größter Nutzen für die chinesische nationale Bewegung sein werde, da Tschiangtschich die Schuld an dem Konflikt zwischen China und Japan trage. China müsse eine Verständigung mit Japan finden, um die militärische Aktion gegen Tschiangtschich durchführen zu können.

## Wird der 11. August Nationalfeiertag?

Der Reichsrat beschließt den Beginn der Beratungen am Dienstag.

Berlin. Auf der Tagesordnung der Vollziehung des Reichsrates am Mittwoch nachmittag stand der preussische Antrag auf Erhebung des 11. August zum Nationalfeiertag des deutschen Volkes. Der Antrag wurde von Preußen, Baden, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig, Anhalt, Lippe, Lüneburg, Mecklenburg-Strelitz, Schaumburg-Lippe, Bremen und Waldeck unterstützt. Die Vorlage bestimmt in ihrem zweiten Paragraphen, daß am Verfassungstage alle öffentlichen Gebäude mit Reichsfarben zu beflaggen und in allen Schulen für Lehrer und Schüler der Bedeutung des Tages entsprechende Feiern zu veranstalten sind.

Der bayerische Staatsrat Dr. Hülsmann setzte sich Preußens Antrag gegenüber für Ausdehnung ein. Der württembergische Vertreter schloß sich dieser Erklärung an. Staatssekretär Weismann erklärte sich mit einer Ausschussberatung einverstanden unter der Voraussetzung, daß diese am Dienstag stattfindet und am nächsten Donnerstag die ganze Angelegenheit im Plenum behandelt werden kann.

In namentlicher Abstimmung wurde dann ein preussischer Antrag, bereits am Dienstag in die sächsische Beratung einzutreten und damit gleichzeitig den bayerischen Einwand abzulehnen, mit 46 gegen 19 Stimmen angenommen.

Staatssekretär Zweigert stellte als Vorsitzender fest, daß der preussische Antrag mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit angenommen sei. Gegen den preussischen Antrag stimmten nur Bayern, Württemberg, Thüringen, Oldenburg und Brandenburg, während sich Bremen der Stimme enthielt.

## Leichte Besserung im Befinden Dr. Stresemanns.

Kege Anteilnahme an der Erkrankung im weitesten Kreise des In- und Auslandes.

Berlin. Am Mittwoch hatte sich das Befinden des Reichsaussenministers etwas gebessert. Die Nieren nehmen ihre Funktion nur langsam wieder auf, so daß die Gefahr einer inneren Vergiftung weiter besteht. Allerdings haben die Ärzte festgestellt können, daß die Erkrankung des Magens und des Darms zurückgegangen ist. Rein äußerlich machte sich insofern eine Besserung im Befinden des Ministers bemerkbar, als Dr. Stresemann am Mittwoch wenigstens schon mit etwas regerem Interesse die Vorgänge um ihn herum beachtete. Bisher ist noch kein ärztlicher Eingriff vorgenommen worden, zumal die drei Ärzte, die ständig am Krankenlager sind, mit der Herzfähigkeit des Kranken sehr zufrieden sind. Immerhin hofft man, daß wenn keine unvorhergesehenen Komplikationen eintreten, die Krankheit einen normalen Verlauf nehmen wird.

Nicht nur alle Kreise Deutschlands nehmen stärksten Anteil an der Krankheit des Ministers, zumal man weiß, daß die aufreibende Tätigkeit Dr. Stresemanns während der fünf Jahre, in denen er bereits an der Spitze des auswärtigen Amtes steht, dazu beigetragen hat, die Gesundheit zu untergraben. Obwohl ihm die Ärzte seit Jahren einen längeren Urlaub empfohlen haben, hat sich der Minister nur kurze Ausspannungen gegönnt, weil er es mit seiner Auffassung der Arbeitspflicht und Verantwortung